

PRESSEMITTEILUNG

23. September 2026

Wiederaufbau der Ukraine als strategische Chance für Europa

- *EU könnte bei Industrie, Energie, Rohstoffen und Verteidigung profitieren*
- *Nutzen überwiegt Kosten bei weitem*
- *EU-Marshallplan und ausländische Direktinvestitionen als Erfolgsfaktoren*
- *Österreich als potenziell großer Profiteur*

Der Wiederaufbau der Ukraine wird eines der größten wirtschaftlichen Projekte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg. Mit Stand Ende 2025 wurden die dafür benötigten Mittel auf mehr als 500 Mrd. Euro geschätzt. Bis Kriegsende dürfte diese Summe noch einmal deutlich steigen. Für die Ukraine ist ein solcher Betrag selbst nicht zu stemmen.

In die Bresche wird daher in erster Linie die EU springen müssen. Für Europa ist der Wiederaufbau der Ukraine jedoch nicht nur eine finanzielle Belastung, sondern – bei richtiger Umsetzung – vor allem auch eine strategische Investition in die eigene wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, militärische Sicherheit und geostrategische Autonomie. Zu diesem Schluss kommt eine neue Studie des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw).

„Richtig gestaltet, kann der Wiederaufbau der Ukraine Europas Lieferketten stärken, neue industrielle Kapazitäten schaffen und die Abhängigkeit von kritischen Energie- und Rohstoffimporten reduzieren“, sagt Olga Pindyuk, Ukraine-Expertin am wiiw und Autorin der Studie.

Marshallplan für die Ukraine

Die Dimension der Aufgabe übersteigt die finanziellen Möglichkeiten der Ukraine bei weitem. Ihr Bruttoinlandsprodukt belief sich 2025 auf rund 190 Mrd. Euro. Würde das Land den Wiederaufbau selbst finanzieren, müsste es laut Studie über zehn Jahre hinweg jährlich etwa 15% seiner Wirtschaftsleistung dafür aufbringen, wohlgerne unter der Annahme eines nominellen BIP-Wachstums von durchschnittlich 15% pro Jahr. Gleichzeitig liegt die ukrainische Staatsverschuldung bereits heute bei über 100% des BIP.

Das wiiw warnt deshalb vor einer Finanzierung über neue Kredite, weil damit in der Ukraine eine Schuldenspirale in Gang gesetzt werden könnte. *„Die Ukraine muss ihren Wiederaufbau primär über Zuschüsse, die nicht zurückgezahlt werden müssen, finanzieren können. Damit sollte auch möglichst viel privates Kapital angezogen werden“,* erklärt Pindyuk und verweist auf den Marshallplan für Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. Dieser bestand ebenfalls zu mehr als 90% aus Zuschüssen.

Die bislang von der EU vorgesehenen Mittel reichen für den Wiederaufbau allerdings nicht aus. Für den EU-Finanzrahmen 2028 bis 2034 sind gemäß dem aktuellen Vorschlag jährlich

rund 13,5 Mrd. Euro für die Ukraine budgetiert. Nach Berechnungen der Studie wären jedoch mindestens 32 Mrd. Euro an EU-Geldern pro Jahr notwendig – also mehr als das Doppelte.

Bessere Absicherung von Risiken privater Investoren

Da mit diesen öffentlichen Geldern auch massiv privates Kapital angelockt werden soll – vor allem in Form von ausländischen Direktinvestitionen – plädiert die Studie auch für einen deutlichen Ausbau der staatlichen Kreditgarantien und Risikoausfallversicherungen für Investoren. Gleichzeitig muss die Ukraine auch Reformen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Justiz, Korruptionsbekämpfung und der Übernahme von EU-Standards entscheidend voranbringen, um das Vertrauen der Investoren zu stärken.

EU-Integration vorantreiben

Die Erfahrungen von Südkorea nach dem Koreakrieg haben gezeigt, dass eine erfolgreiche wirtschaftliche Erholung nicht allein von der Höhe der Finanzhilfe abhängt. Entscheidend waren eine klare staatliche Entwicklungsstrategie, eine starke Eigenverantwortung der Regierung bei der Umsetzung und die wirtschaftliche Integration mit dem Ausland.

„Der Wiederaufbau des Landes sollte deshalb eng mit dem EU-Beitrittsprozess der Ukraine verknüpft werden“, so Pindyuk. „Je stärker die Ukraine in den europäischen Binnenmarkt und europäische Wertschöpfungsketten integriert wird, desto größer werden die wirtschaftlichen Vorteile für beide Seiten sein. Die EU-Osterweiterung hat das eindrücklich vor Augen geführt.“

Chance für Europas Industrie

Für die EU könnte der Wiederaufbau erhebliche wirtschaftliche Vorteile bringen. Die Ukraine bietet laut Studie angesichts ihrer Größe und ihrer gut ausgebildeten Bevölkerung großes Potenzial als Produktionsstandort und Absatzmarkt und könnte enger in europäische Wertschöpfungsketten integriert werden.

Insbesondere in der Autoindustrie, in der Rüstungsindustrie, in der Luftfahrt und Elektronikindustrie könnten neue Produktionskapazitäten dazu beitragen, Lieferketten zu verkürzen und Europas Abhängigkeit von außereuropäischen Produktionsstandorten zu reduzieren. Auch bei erneuerbaren Energien verfügt das Land über großes Potenzial und könnte damit maßgeblich zur Energiesicherheit und Dekarbonisierung Europas beitragen.

Von besonderer strategischer Bedeutung sind ihre Rohstoffvorkommen. In der Ukraine gibt es Lagerstätten von 25 der 34 von der EU als kritisch eingestuften Rohstoffe wie Lithium, Titan oder Mangan. Eine stärkere wirtschaftliche Integration sollte Europa dabei helfen, die große Abhängigkeit von China in diesem Bereich zu reduzieren.

Drohntechnologie und militärische Innovation

Auch für Europas Verteidigungsfähigkeit könnte die Ukraine künftig eine wichtige Rolle spielen. Eine stärkere Einbindung der ukrainischen Hersteller in die europäische Rüstungsindustrie könnte Produktionskapazitäten erhöhen, Innovationen beschleunigen und dazu beitragen, bestehende Engpässe bei der europäischen Aufrüstung schneller zu überwinden.

Die seit Kriegsbeginn stark ausgebaute ukrainische Verteidigungsindustrie verfügt über umfangreiche praktische Erfahrung bei der Entwicklung und Produktion moderner Waffensysteme, insbesondere bei Drohnen, elektronischer Kriegsführung und digitalen Gefechtsführungssystemen.

Österreich als großer Profiteur

Gerade für Österreich eröffnet der Wiederaufbau der Ukraine erhebliche wirtschaftliche Chancen. Österreichische Unternehmen sind traditionell stark in Mittel- und Osteuropa engagiert und in zahlreichen Branchen vertreten, die vom Wiederaufbau stark profitieren dürften – etwa dem Maschinen- und Anlagenbau, der Bauwirtschaft, Energie, Verkehr, Umwelttechnik, Wasseraufbereitung, Banken und Versicherungen, Einzelhandel oder industrielle Dienstleistungen.

Die Erfahrungen mit der EU-Osterweiterung zeigen, wie wichtig diese für Österreichs Wirtschaft war. Österreich profitierte enorm vom Wachstum und der steigenden Nachfrage in den östlichen EU-Mitgliedstaaten sowie von der Verlagerung einzelner Produktionsschritte dorthin. So stieg der Bestand österreichischer Direktinvestitionen in den elf EU-Mitgliedstaaten Osteuropas von 2,5 Mrd. Euro im Jahr 1997 auf 91,3 Mrd. Euro im Jahr 2024.

„Österreichische Unternehmen sind aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung in Mittel- und Osteuropa und ihrer zum Teil schon bestehenden Präsenz in der Ukraine gut positioniert, um sowohl direkt als auch indirekt vom Wiederaufbau und der EU-Integration der Ukraine enorm zu profitieren“, meint Pindyuk.

[Die gesamte Studie steht hier zum Download zur Verfügung.](#)

Über das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw)

Das wiiw ist ein wirtschaftswissenschaftlicher Thinktank, der seit über 50 Jahren volkswirtschaftliche Analysen und Prognosen zu derzeit 23 Ländern in Mittel-, Ost- und Südosteuropa erstellt. Zudem betreibt das wiiw Forschung zu den Bereichen europäische Integration, Makroökonomie, internationale Wirtschaft, Industriestudien, Arbeitsmärkte und regionale Entwicklung. www.wiiw.ac.at

Rückfragehinweis:

Andreas Knapp

Communications Manager

Tel. +43 680 13 42 785

knapp@wiiw.ac.at